

## Deutschland: Schily schlägt Asyllager in Afrika vor

Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) hat die Europäische Union zur Einrichtung von Auffanglagern für Asylbewerber in Nordafrika aufgefordert. Damit löste er Mitte Juli eine parteiübergreifende Debatte aus.

Anlass für Schilys Vorschlag waren die vorangegangenen Ereignisse um das deutsche Schiff „Cap Anamur“. Es hatte im Mittelmeer in der Nähe italienischer Hoheitsgewässer 37 Afrikaner aus Seenot gerettet und nach drei Wochen des Wartens vor der sizilianischen Küste schließlich nach Italien gebracht.

Dort stellten die Afrikaner einen Asylantrag. Außer in einem Fall wurden die Anträge abgelehnt und die meisten Betroffenen inzwischen in ihre Heimatländer abgeschoben. Strittig war die Frage nach der Zuständigkeit für die Flüchtlinge sowie deren vermeintlich sudanesischer Herkunft. Außerdem verdächtigen die italienischen Behörden die Organisation Cap Anamur, die sich seit 25 Jahren der Rettung von Schiffbrüchigen widmet, der Beihilfe zur illegalen Einwanderung.

Die Flüchtlinge waren am 20. Juni in internationalen Gewässern aus einem treibenden Schlauchboot an Bord genommen worden. Nach einigen Tagen versuchte die Cap Anamur sie nach Italien zu bringen, wo die Verantwortlichen jedoch ihre Zuständigkeit bestritten. Zwischenzeitlich wurde über ein Asylgesuch der Flüchtlinge in Deutschland spekuliert, ehe die italienischen Behörden einlenkten und sie an Land ließen. Der Vorwurf des Schleusertums blieb bestehen, weshalb drei Besatzungsmitglieder der Cap Anamur zunächst in Haft genommen, nach vier Tagen jedoch wieder auf freien Fuß gesetzt wurden. Dennoch sollen sie in Italien angeklagt werden. Obwohl die Bundesregierung gegen die Inhaftierung protestierte, vermutete auch Schily Schleuserei und sprach von einem „schwerwiegenden Sachverhalt“ sowie einer „fernsehreifen Inszenierung“.

Nach Angaben der italienischen Polizei stammte keiner der Flüchtlinge, wie zunächst behauptet, aus der sudanesischen Krisenregion Darfur, vielmehr kamen sie aus Ghana, Nigeria und Niger. Der Chef der Hilfsorganisation Cap Anamur Elias Bierdel kritisierte das Vorgehen der italienischen Behörden heftig: „Angesichts des tagtäglichen Dramas auf dem Mittelmeer ist das ein Skandal - nicht nur für Italien, sondern für ganz Europa.“ Sowohl die Menschenrechtsorganisation Amnesty

International (AI) als auch Ärzte ohne Grenzen (MsF) warfen Italien einen Verstoß gegen internationales See- und Flüchtlingsrecht vor. Dabei beriefen sie sich auf die Genfer Flüchtlingskonvention, die Kollektivausweisungen für unzulässig erklärt, sowie auf die Dubliner Konvention, die die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten bei der Überprüfung von Asylgesuchen regelt.

Mit seinem Vorschlag, durch die Einrichtung von Auffanglagern „Afrikas Probleme in Afrika selbst zu lösen“, ist Innenminister Schily in der Folge weitgehend auf Ablehnung gestoßen. Schily sprach von einem möglichen Arbeitsthema für die EU-Innenminister in den nächsten fünf Jahren. Er sehe darin die Chance, Lehren aus dem Vorfall um die Cap Anamur zu ziehen und die illegale Einwanderung über das Mittelmeer zu verringern. Laut Schily sollten Flüchtlinge bei einer vorgelagerten Asylprüfung in Nordafrika weder einen Anspruch auf deutsche Rechtsstandards und gerichtliche Überprüfung der Entscheidung haben, noch einen Antrag auf Asyl in einem EU-Staat stellen können. Vielmehr sei bei anerkanntem Fluchtgrund eine Unterbringung nahe ihrer Heimat anzustreben. Nach Kritik von Kirchen, Flüchtlingsorganisationen und Parteien schwächte Schily seinen Vorstoß ab, indem er nur noch von einer Überlegung sprach, die durch internationale Abkommen gedeckt werden muss. Grundsätzlich aber hielt er an der Idee fest. Schily sorgte für Verwunderung, vor allem weil er damit an einen im vergangenen Jahr innerhalb der EU bereits abgelehnten Vorschlag Großbritanniens anknüpfte. Dieser hatte vorgesehen, Lager für Asylsuchende jenseits der EU-Außengrenzen zu schaffen. Weiter als Schily war das britische Modell in der Forderung gegangen, bereits in Europa befindliche Flüchtlinge in diese Lager zu bringen, bis über ihren endgültigen Verbleib entschieden ist (vgl. MuB 6/03).

Der parlamentarische Geschäftsführer von Bündnis 90/Die Grünen, Volker Beck, nannte die Vorstellung „atemberaubend“, Flüchtlinge etwa in Libyen unterzubringen, das vor kurzem noch als Verbrecherstaat boykottiert worden ist. Es gebe kein europäisches Flüchtlingsrecht, das in Nordafrika anwendbar sei. In den Reihen der Grünen war der Widerstand gegen die Idee des Innenministers am größten. Auch SPD-Intern und in der FDP wurden die Auffanglager weitgehend abgelehnt. Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) unterstützt die Pläne nach den Worten eines Regierungssprechers, während Außenminister Joschka Fischer (Bündnis 90/Die Grünen) Kritik an ihnen übte. Der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Bosbach, nannte den Vorschlag „völlig unausgegoren“. Bayerns Innenminister Günther Beckstein und andere CSU-Vertreter sprachen von einer vernünftigen Idee. Die Flüchtlingshilfe-Organisation Pro Asyl entgegnete, Schilys Vorschlag sei mit dem Grundgesetz unvereinbar. „Das wäre das Ende des internationalen Flüchtlingsschutzes“, erklärte ein Sprecher.

Inhalt	
Deutschland: Schily schlägt Asyllager in Afrika vor	1
Kurzmeldungen - Deutschland I	2
Deutschland: Aufbau einer Islamisten-Datei beschlossen	2
Frankreich: Bericht über Segregation und islamischen Extremismus in den Vorstädten	2
Kurzmeldungen - Deutschland II	3
Länderprofil Irak	3
Kurzmeldungen - Welt	4
Veranstaltungen	4
Projekt Migration des Kölnischen Kunstvereins	5
Literatur	5
Zusätzlich in der Internetausgabe: ( <a href="http://www.migration-info.de">http://www.migration-info.de</a> )	
USA: Wahlkampf um Hispano-Amerikaner	

## Kurzmeldungen - Deutschland I

**Berlin: Verbot aller religiösen Symbole im öffentlichen Dienst**

Nach einem Beschluss des Berliner Senats Ende Juli soll künftig Staatsbediensteten in Schulen, Gerichtssälen, im Strafvollzug und bei der Polizei das Tragen aller sichtbaren religiösen Symbole verboten werden. Nicht betroffen von der Regelung des so genannten Neutralitätsgesetzes sind Berufsschulen, die Erwachsenenbildung und Kindergärten. Nicht nur das Tragen eines Kopftuches soll verboten werden, sondern auch das demonstrative Tragen anderer Symbole und Kleidungsstücke wie Kreuz, Davidstern, jüdische Kippa und Mönchskutte. Kreuze oder beispielsweise Davidsterne, die als Schmuckstücke getragen werden, sind von der Regelung allerdings nicht erfasst. Damit geht der Gesetzentwurf weit über Regelungen anderer Bundesländer hinaus (vgl. MuB 10/03; MuB 05/04). Die beiden großen Kirchen kritisierten den Gesetzentwurf, da dieser dem Grundsatz der positiven Religionsfreiheit widerspreche, den eigenen Glauben öffentlich zu bekennen.  
[http://www.berlin.de/sengessozv/auslaender/pm\\_gesetz.html](http://www.berlin.de/sengessozv/auslaender/pm_gesetz.html)

**NRW: Grüne für Vertrag mit Muslimen**

Nach einem Beschluss der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen in Nordrhein-Westfalen Anfang Juli sollen sich alle muslimischen Glaubensgemeinschaften und ihre Mitglieder freiwillig in ein Moscheeregister eintragen können. Zwischen einer gewählten Vertretung aller Muslime in NRW und dem Bundesland soll dann ein Vertrag geschlossen werden. Von den kooperierenden Gemeinden erwarten die Grünen ein ausdrückliches Bekenntnis zur deutschen Rechtsordnung. Der Staatsvertrag soll vor allem für Schulen grundsätzliche Regelungen bringen. So soll ein Lehrplan für muslimischen Religionsunterricht in deutscher Sprache sowie ein Zeitplan für dessen flächendeckende Einführung erstellt werden.  
<http://www.gruene.landtag.nrw.de/aktuell/beschluesse/040706-Muslime.pdf>

desländern nicht statt.

Die Bedrohung durch den Terrorismus sei immer noch sehr hoch, sagte Schleswig-Holsteins Innenminister Klaus Buß (SPD). „Deshalb ist es zwingend erforderlich, dass wir die vielfältigen Möglichkeiten der Terrorismusbekämpfung ausnutzen.“ Der Chef der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Konrad Freiberg, be-

Die Schutzbedürftigkeit, müsse in einem fairen Verfahren innerhalb eines europäischen Staates geprüft werden. Beim Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) lehnt man das Mo-

dell nicht grundsätzlich ab. Andere Ideen seien zwar besser, so UNHCR-Sprecher Stefan Terlöken, aber wenn die Lager den Flüchtlingsschutz verbesserten, sei der Vorschlag zumindest zu prüfen. *chw*

Weitere Informationen:

<http://www.proasyl.de/presse04/aug02.htm>

## Deutschland: Aufbau einer Islamisten-Datei beschlossen

Auf die Einrichtung einer zentralen Islamisten-Datei zur Bekämpfung des Terrorismus hat sich die Innenministerkonferenz (IMK) Anfang Juli in Kiel geeinigt. Weiter wurde beschlossen, ein zentrales Analyse- und Lagezentrum von Bundeskriminalamt (BKA), Bundesnachrichtendienst (BND) und Verfassungsschutz in Berlin zu schaffen. Nicht durchsetzen konnte sich Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) gegenüber den Innenministern der Länder mit seinem Vorschlag zur Zentralisierung des Verfassungsschutzes.

Der genaue Umfang der Islamisten-Datei wird in Kürze von einer Arbeitsgruppe unter Federführung des Bundesinnenministeriums geklärt. Wo sie angelegt werden soll, ist noch unklar, wie Schily nach der Sitzung der Ressortchefs mitteilte. Die IMK legte aber fest, künftig alle verfügbaren Erkenntnisse über potenzielle Straftäter mit entsprechendem Hintergrund zentral zu sammeln. Bislang fand ein automatischer Abgleich der Daten aus den einzelnen Bun-

grüßte die Pläne. Es sei jedoch verantwortungslos, wenn Politiker zugleich Stellen bei der Polizei strichen. Die FDP äußerte Vorbehalte. Wenn alle Sicherheitsbehörden die Datei einsehen könnten, werde das im Grundgesetz verankerte Trennungsgebot ausgehöhlt, entgegnete Max Stadler, innenpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion. Er plädierte stattdessen für zwei zentrale Dateien: eine für den Verfassungsschutz und eine für die Polizei. Stadler lehnte auch ein gemeinsames Lagezentrum von Verfassungsschutz und Polizei ab.

In diesem in Berlin neu einzurichtenden Lagezentrum von BKA, BND und Verfassungsschutz sollen alle nationalen und internationalen Erkenntnisse über islamistischen Terrorismus unter Beteiligung der Länder ausgewertet werden. Noch dieses Jahr soll es seine Arbeit aufnehmen. Eine derartige Behörde in der Hauptstadt hatte Schily schon lange gefordert, um besseren Zugriff auf die Erkenntnisse der Länder zu bekommen und das Kabinett über sicherheitsrelevante Fragen informieren zu können.

Einer Zentralisierung der Aktivitäten des Verfassungsschutzes erteilten die Ressortchefs dagegen eine Absage. Stattdessen wurde eine engere Kooperation der Landesverfassungsschutzämter beschlossen. Der Bundesinnenminister hatte ein Bundesamt für Verfassungsschutz mit Außenstellen in den Ländern und einer klaren Hierarchie vorgeschlagen und war damit auch in SPD-regierten Ländern auf Widerstand gestoßen. Ebenso wurde abgelehnt, die Landes kriminalämter als Filialen dem Bundeskriminalamt zu unterstellen.

Seine Umbaupläne könnte Schily längerfristig dennoch über die Föderalismuskommission durchsetzen. Dieser möchte er eine Neustrukturierung der bundesdeutschen Sicherheitsbehörden vorschlagen. Schily wies den Vorwurf zurück, er leide an „Zentralisierungswahn“. Stattdessen warf er den Ländern vor, sie schauten über ihren „Kirchturmhorizont“ nicht hinaus. *chw*

Weitere Informationen:

[http://landesregierung.schleswig-holstein.de/coremedia/generator/Aktueller\\_20Bestand/IM/Information/IMK/Beschluesse.html](http://landesregierung.schleswig-holstein.de/coremedia/generator/Aktueller_20Bestand/IM/Information/IMK/Beschluesse.html); <http://www.innenministerkonferenz.de>; <http://www.bmi.bund.de>

## Frankreich: Bericht über Segregation und islamischen Extremismus in den Vorstädten

Ein aktueller Bericht des französischen Inlandsgeheimdienstes diagnostiziert die Gefahr zunehmender ethnischer Segregation und der Verbreitung von islamischem Fundamentalismus in den überwiegend von Einwanderern bewohnten Vorstädten.

Anfang Juli veröffentlichte die Tageszeitung Le Monde Teile aus dem an das Innenministerium adressierten

Bericht des französischen Inlandsgeheimdienstes Renseignements Généraux (RG). Der Geheimdienst hatte aus sicherheitspolitischem Interesse landesweit 630 Wohn-Quartiere mit hoher Arbeitslosigkeit, erhöhter Gewaltbereitschaft und Kriminalitätsrate beobachtet. In mehr als 300 Quartieren wurden dabei Zeichen sozialer Abschottung bzw. eines „Rückzugs in die Gemeinschaft“ festgestellt, heißt es in dem Bericht. Ins-

gesamt leben etwa 1,8 Mio. Einwohner Frankreichs in diesen Wohngebieten. Die staatlichen Hochhaussiedlungen der Vorstädte, die größtenteils in den 1950er bis in die 1970er Jahre errichtet wurden, sind häufig

#### Kurzmeldungen - Deutschland II

##### Deutschland: Zuwanderungsgesetz kann in Kraft treten

Nach dem Bundestag hat am 9. Juli 2004 nun auch der Bundesrat das Zuwanderungsgesetz verabschiedet (vgl. MuB 5/04). Bundespräsident Horst Köhler (CDU) unterzeichnete das Gesetz Ende Juli. Die Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt erfolgte am 5. August, so dass es im Januar 2005 in Kraft treten kann.

<http://www.aufenthaltstitel.de/zuwg/index.html>;

<http://217.160.60.235/BGBl/bgbl1f/bgbl104s1950.pdf> (Gesetzestext im Bundesgesetzblatt)

##### Anti-Diskriminierungs-Gesetz

Die Europäische Kommission droht Deutschland sowie fünf weiteren EU-Staaten mit Klagen, da sie EU-Richtlinien zur Gleichbehandlung bislang nicht umgesetzt haben. Die Frist zur Umsetzung der Richtlinie gegen Diskriminierung wegen „Rasse“ oder ethnischer Herkunft in nationales Recht ist bereits vor mehr als zwölf Monaten abgelaufen (vgl. MuB 7/03). In Deutschland soll das Gesetz im Herbst in den Bundestag eingebracht werden.

##### Asylbewerberheime in Mecklenburg-Vorpommern werden geschlossen

Die Schließung der letzten beiden weit abgelegenen Asylbewerberheime Mecklenburg-Vorpommerns ist bis zum Jahresende vorgesehen. Dabei handelt es sich um die Gemeinschaftsunterkünfte in Tramm (Landkreis Parchim) mit 232 Plätzen und in Bellin bei Ueckermünde mit 191 Plätzen, wie das Schweriner Innenministerium mitteilte. Bislang seien acht Einrichtungen mit insgesamt 810 Plätzen geschlossen worden, die nicht den Anforderungen der Gemeinschaftsunterkünfungsverordnung des Landes entsprachen. In dieser Verordnung hatte das Innenministerium im Juli 2001 die Schließung weit abgelegener Heime bis Ende 2003 verfügt. Die Heime in Tramm und Bellin konnten bislang noch nicht geschlossen werden, da die Zustimmung der Gemeinden für neue Einrichtungen fehlte. In Ueckermünde demonstrierten Anfang Juli Rechtsextremisten gegen eine neue Asylbewerberunterkunft.

Flucht und Migration ausgelöst haben, grundlegend und unumkehrbar verändert, aber noch nicht zu einer stabilen neuen Ordnung geführt.

**Bevölkerung und Migration:** Bevölkerungsstatistiken für den Irak basieren auf früheren staatlichen, ethnisch manipulierten Angaben und Volkszählungen und dienen der Überwachung. Sie sind demnach äußerst ungenau. Wissenschaftliche Quellen gehen von 22-23 Mio. Einwohnern aus und geben folgende Verteilung der Bevölkerungsgruppen an: 55-60% schiitische Araber, 20-25% sunnitische Araber, 15-20% Kurden und jeweils 3-4% Turkmenen und Christen unterschied-

in einem sehr schlechten Zustand. Nach Plänen der französischen Regierung sollen deswegen etwa 200.000 Wohnungen abgerissen werden.

Anhand von acht Kriterien beurteilte der Geheimdienst, ob ein Quartier von starker Segregation betroffen ist: eine hohe Zahl von Einwanderern; ein starkes Netzwerk von Gemeinschaftsorganisationen; die Verbreitung von ethnischem Handel; die zunehmende Einrichtung von muslimischen Gebetsräumen; das Tragen traditioneller oder religiöser Kleidung; antiwestliche oder antisemitische Graffiti; Schulklassen von Neuzuwanderern (primarrivants), die kein Französisch sprechen; der Wegzug ethnischer Franzosen. Treffen mehrere dieser Kriterien zu, so gibt es für den Geheimdienst Anzeichen von „ghettoisation“. Der Bericht entspricht allerdings nicht den üblichen wissenschaftlichen Standards.

„In diesen 'quartiers ghet-

toisés' werden die kulturellen Relikte der Herkunftsländer konserviert“, heißt es in dem Bericht. Dies führe zu einer gewissen Endogamie, d.h. die Lebenspartner stammen aus der gleichen ethnischen oder sozialen Gruppe. Ferner komme es „zur Bildung von parallelen Konfliktlösungsinstanzen zu den staatlichen Institutionen“.

Der Report stellt im Allgemeinen eine fortschreitende Integration von Migranten aus dem Maghreb sowie die Anerkennung der Trennung von Staat und Religion (Laïcité) auf Seiten der Muslime fest. In den beobachteten Gebieten sieht der Report aber einen steigenden Einfluss radikaler islamischer Prediger. Deren Aufforderungen zum Bruch mit der französischen Kultur und den nationalen Institutionen „tragen Früchte, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen“, heißt es in dem Bericht. In etwa 200 der beobachteten Quartiere seien solche Prediger präsent.

Die französische Regierung versucht einen moderaten Islam zu stärken, der mit der französischen Verfassung vereinbar ist. Im vergangenen Jahr wurde in Frankreich der erste nationale Islamrat (CFCM) gewählt. Dieser soll eine einheitliche Vertretung aller in Frankreich lebenden Muslime gegenüber der Regierung sein und auch für die Ausbildung der Imame, also der muslimischen Prediger, zuständig sein (vgl. MuB 4/03). Gleichzeitig wird verstärkt versucht, die laizistischen Werte der Republik zu verteidigen. Hierzu wurde ein Gesetz zum Verbot religiöser Zeichen in Schulen verabschiedet (vgl. MuB 1/04), das mit dem Beginn des Schuljahrs 2004/2005 in Kraft tritt. Auch wurde ein Gesetz verabschiedet, dass die Abschiebung radikaler Imame ermöglicht (vgl. 5/04 MuB).

Weitere Informationen:

<http://www.lemonde.fr/web/article/0,1-0@2-3224,36-371600,0.html>

## Länderprofil Irak

Im Irak führte die Unterdrückung oppositioneller Bewegungen und von Bevölkerungsgruppen durch diktatorische Regime in den vergangenen Jahrzehnten zu Emigration, Flucht und Vertreibung. Insbesondere Kriege und Aufstände im kurdischen Teil des Iraks hatten Massenfluchten ins benachbarte Ausland zur Folge, so 1975, 1988 und 1991. Der Sturz Saddam Husseins durch die USA-geführte Militärkoalition 2003 hat jene politischen Verhältnisse, die

licher Konfession.

Im 20. Jahrhundert hat sich der Bevölkerungsanteil der kleineren Minderheiten durch kontinuierliche Auswanderung rapide verringert. Derzeit leben 600.000-800.000 Christen im Irak. Mehrheitlich gehören sie zur chaldäischen (400.000) oder assyrischen (90.000) Kirche. Große Exilgemeinden existieren in den USA, Westeuropa und Australien.

Nahezu vollständig sind 1951/52 die irakischen Juden ausgewandert, deren Bevölkerungszahl 1948 135.000 betrug. Die danach Verbliebenen wenigen Tausend unterlagen starken politischen Beschränkungen und reisten später aus.

In weitaus geringerem Umfang stellt der Irak ein Einwanderungsland dar. Bis zum Beginn des Golfkrieges 1991 lebten Arbeitsmigranten aus asiatischen Ländern und aus Ägypten im Irak.

**Fluchtbewegungen:** Binnen weniger Tage flohen im März 1990 nach der Niederschlagung von Volksaufständen 450.000 Iraker (hauptsächlich Kurden) in die Türkei und 1,3 Mio. in den Iran. Schätzungsweise 20.000 starben unterwegs. Die Weigerung der Türkei, den Flüchtlingen Aufnahme und Schutz zu gewähren, veranlassten die USA und ihre Verbündeten zur „Humanitären Intervention“, um mit internationalen Hilfsorganisationen die kurdischen Flüchtlinge in den Nordirak zurückzuführen. Nachdem sich die zentralstaatlichen Institutionen von dort zurückgezogen hatten, entstand eine eigenständige kurdische Administration.

Seit den 1980ern lebten neben Kurden viele Schiiten als Flüchtlinge im Iran. Vor dem Krieg 2003 hielten sich Schätzungen zufolge im Iran 200.000, in Jordanien 250.000-300.000, in

#### Kurzmeldungen - Welt

##### Sudan: Rückkehr von Flüchtlingen vorerst unmöglich

An eine Rückkehr der rund 1 Mio. sudanesischen Flüchtlinge aus der Darfur-Region ist nach Angaben der Hilfsorganisationen vor Ort vorerst nicht zu denken. Die Versorgung in Lagern im Sudan und im Tschad habe sich nur minimal verbessert, es drohe der Ausbruch von Seuchen. Das UN-Welt-ernährungsprogramm befürchtet einen Anstieg auf 2 Mio. Flüchtlinge. Unterdessen hat die Regierung vom Tschad den Internationalen Währungsfonds um finanzielle Hilfe zur Versorgung der Flüchtlinge gebeten. Die durch die sudanesishe Regierung in Khartum angekündigte Entwaffnung der arabischen Reitermilizen in Darfur erfolgte bislang nicht. Friedensgespräche zwischen Regierung und Rebellen Gruppen seien für unbestimmte Zeit auf Eis gelegt, sagten Vermittler der Afrikanischen Union (AU). Neben der AU, deren erste Friedenstruppen inzwischen eingetroffen sind, erwägen nun auch Frankreich und Großbritannien die Entsendung von Soldaten in die Krisenregion.

**Niederlande: Mehr Aus- als Einwanderer**  
Im vergangenen Jahr wanderten erstmals seit 20 Jahren mehr Personen aus den Niederlanden aus als ein. Nach Angaben der staatlichen Statistikbehörde CBS verließen 2003 rund 104.800 Personen das Land, während etwa 104.500 einwanderten. Verantwortlich für die Trendwende ist nach Angaben der Behörde ein deutlicher Rückgang der Einwanderung von den Antillen bei gleichzeitig verstärkter Rückwanderung dieser Migrantengruppe.  
<http://www.cbs.nl/en>

Kuwait 15.000 und in Saudi Arabien 5.200 Iraker als vom UNHCR registrierte Flüchtlinge oder Personen mit flüchtlingsähnlichem Status auf. Der Irak gehört zu den Hauptherkunftsländern der Asylbewerber in westeuropäischen Staaten, wobei Deutschland, Schweden und die Niederlande Hauptaufnahmeländer sind. Nach UN-Angaben gab es zwischen 1990-1999 insgesamt rund 184.800 Asylantragsteller (ohne nachgezogene Ehe- und Familienangehörige).

In geringem Umfang fanden Flüchtlinge aus anderen Ländern Zuflucht im Irak. Laut aktuellen UNHCR-Angaben leben rund 23.600 oppositionelle Iraner (v.a. Kurden, aber auch iranische Araber), 13.000 Kurden aus der Türkei sowie 90.000 Palästinenser im Irak. Seit Sturz des Baath-Regimes ist eine allmähliche Rückkehr dieser Flüchtlingsgruppen zu verzeichnen.

**Staatsbürgerschaft:** Die Staatsbürgerschaft im nach dem I. Weltkrieg gebildeten Staat Irak setzte (für Männer und Frauen) den vom männlichen Familienoberhaupt oder Verwandten abgeleiteten Wehrdienst (in

der osmanischen oder späteren irakischen Armee) voraus. Auch nachfolgende Generationen mussten ihre irakische Abstammung im Zweifelsfall nachweisen. Verbreitet war, die Identität der Ehefrau im Pass des Ehemannes einzutragen.

Der Willkür des Regimes unter Führung der Baath-Partei waren insbesondere Iraker „persischer Abstammung“ - kurdische und arabische Schiiten - ausgesetzt, denen entgegen gesetzlicher Regelungen die irakische Staatsbürgerschaft verweigert oder entzogen wurde.

Waren von Ausbürgerung und Abschiebung in den Iran bereits in den 1970ern etwa 70.000 kurdische Familien betroffen, erreichten die Kampagnen gegen

kurdische und arabische Schiiten während des Iran-Irak-Krieges in den 1980er Jahren ihren Höhepunkt und erfassten bis zu 300.000 Iraker.

Die Übergangsverfassung vom 8. März 2004 stellt die Staatsbürgerschaft auf ein rechtsstaatliches Fundament und garantiert jeder Person „irakischer Nationalität“ die Staatsbürgerschaft. Doppelstaatsbürgerschaften sind zugelassen. Unrechtmäßig Ausgebürgerte haben das Recht auf Wiedereinbürgerung (Art. 11). Flüchtlinge, die sich im Irak aufhalten, genießen Abschiebeschutz (Art. 19).

**Migrationspolitik:** Das Baath-Regime verfolgte vor allem im Norden eine Politik der Umsiedlung und Arabisierung, die seit 1975 etwa 220.000 kurdische Familien betraf. Die Zerstörungen von Dörfern gipfelten in den Anfal-Offensiven 1988 mit der Deportation und späteren Zwangsumsiedlung der Zivilbevölkerung.

Eine besonders umfangreiche Ansiedlung von Arabern erfolgte in der Region Kirkuk, wo Schätzungen zufolge 300.000 Kurden und Turkmenen vertrieben wurden.

In den Sumpfbereichen im Südirak führten seit den 1980er Jahren Militäraktionen gegen die schiitische Bevölkerung (Marsch-Araber) und sich versteckende Aufständische zu einem drastischen Bevölkerungsrückgang. Die gezielte Austrocknung der Sümpfe entzog den Bewohnern, von denen viele getötet und etwa 100.000 vertrieben wurden oder in den Iran flohen, die landwirtschaftlichen Lebensgrundlagen.

Die 1990 durch die UN verhängten Sanktionen und die staatlich-repressive Verteilung der knappen Ressourcen sind für die Verarmung breiter Bevölkerungsschichten verantwortlich. Trotz verschärfter Passvorschriften und hoher Ausreisegebühren konnte das Baath-Regime die massive Auswanderung von Irakern nicht stoppen.

**Ausblick:** Das 2003 nach dem Sturz des Baath-Regimes gebildete Ministry of Displacement and Migration ist in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen und internationalen Organisationen für die Unterstützung der rückkehrwilligen irakischen und nicht-irakischen Flüchtlinge sowie der Binnenvertriebenen zuständig.

Offizielle Stellen gehen von rund 800.000 Binnenvertriebenen im Nordirak und 100.000-300.000 in Zentral- und Südirak aus. Geschätzte 900.000 Iraker leben als Flüchtlinge im Ausland. Bis Januar 2004 kehrten etwa 250.000 - in der Regel individuell - in den Irak zurück. Aufgrund der instabilen Sicherheitslage werden Rückkehr und Reintegration der Binnenvertriebenen und Flüchtlinge vermutlich noch lange dauern. *Christian Pommerening, Ethnologe, Leipzig*

Weitere Informationen:

<http://www.rferl.org/reports/iraq-report>;

<http://www.unhcr.org>; <http://www.cpa-iraq.org>;

<http://www.ecoi.net>

## Veranstaltungen



#### Konferenz

**Titel:** Verwaltungsmodernisierung und interkulturelle Öffnung

**Veranstalter:** Transfer interkultureller Kompetenz, Bundeszentrale für politische Bildung, Friedrich-Ebert-Stiftung

**Datum:** 5./6. Oktober 2004

**Ort:** Friedrich-Ebert-Stiftung, Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin

**Inhalt:** Einwanderung und Integration sind zentrale Herausforderungen für den Staat und die Verwaltung geworden, denen diese sich durch Reformen stellen müssen. Die Konferenz hat das Ziel, die unterschiedlichen Ansätze der Verwaltungsmodernisierung und der

Interkulturellen Öffnung zu vernetzen.

**Kontakt:** Transfer interkultureller Kompetenz, Oranienstr. 34, 10999 Berlin, Tel.: 030/61651590; Fax: 030/61651598; E-Mail: [info@tik-iaf-berlin.de](mailto:info@tik-iaf-berlin.de); Internet: <http://www.tik-iaf-berlin.de>

#### Tagung

**Titel:** Commemorating Migrants and Migrations: Towards New Interpretations of European History. Fourth

#### Kölnischer Kunstverein Projekt Migration ein Initiativprojekt der Kulturstiftung des Bundes

Das von der Kulturstiftung des Bundes initiierte „Projekt Migration“ widmet sich einem disziplin- und praxisübergreifenden Denken von Migration. Es fokussiert die produktiven Potenziale von Migration in Bezug auf zukunftsweisende gesellschaftliche Möglichkeiten, die sich aus einer künstlerischen, theoretischen und politischen Auseinandersetzung mit Migration als einem dynamischen und transnationalen Prozess ergeben.

#### Filmreihe

**FRESH AUFHEBUNG – Künstlerisches Interesse am philosophisch verneinten Wunderglauben**

zusammengestellt von Jutta Koether

Mit dieser Filmreihe soll eine spezielle Idee von „Kunstfilm“ gezeigt und das Thema Film und Migration auf den Film selbst bezogen werden. Filme, die nicht nur auf einer Idee basieren, sondern ein Gewebe aus Filmideen, aus Genres, ja selbst fast unklassifizierbare Artefakte sind. Diese „gemischten Existenzen, Mixturen, in denen man überlappende PornokultUndergroundHorrorDokuSpiel-DrogenkulturCrimestories“ (Jutta Koether) etc. finden kann, thematisieren hier in sehr unterschiedlicher Weise die Überwindung von Grenzen und damit Migration als Denkmodell und Kulturprinzip.

#### Veranstaltungen:

- 02.9.2004, 19.00 Uhr Vortrag & Performance Jutta Koether  
 04.9.2004, 19.00 Uhr MEDEA (Lars von Trier)  
 05.9.2004, 19.00 Uhr PERFORMANCE (Donald Camell, Nicholas Roeg)  
 24.9.2004, 19.00 Uhr PAGANINI (Klaus Kinski)  
 25.9.2004, 19.00 Uhr THE MAN WE WANT TO HANG (Kenneth Anger),  
 TROUBLE EVERY DAY (Claire Dennis)  
 01.10.2004, 19.00 Uhr DEAD MAN (Jim Jarmusch)  
 02.10.2004, 19.00 Uhr WOTON'S WAKE (Brian de Palma), THE RESPONSIVE  
 EYE (Brian de Palma), DIONYSUS IN 69 (Brian de Palma)  
 15.10.2004, 19.00 Uhr THE HYPOTHESIS OF THE STOLEN PAINTING (Paul Ruiz)

#### Vortragsreihe

#### ARCHITECTURE IN MIGRATION

zusammengestellt von Ilka & Andreas Ruby

„Auf den ersten Blick scheinen Architektur und Migration wie zwei Welten. Längst spielt sich jedoch für eine wachsende Zahl von Menschen das Leben nicht nur an einem Ort ab, vielmehr sind sie in Bewegung von einem Ort zum anderen, die Migration ist sichtbarer Bestandteil ihrer Realität geworden. Diese Entwicklung wirkt auch auf die Architektur zurück, indem sie sich zunehmend von festen Funktionsbeschreibungen befreit und sich der Vielgestaltigkeit des Daseins öffnet.“ Ilka & Andreas Ruby

#### Veranstaltungen:

- 23.09.2004 19 Uhr Atelier van Lieshout (angefragt)  
 26.09.2004 19 Uhr AUSSENANSICHTEN diverse Referenten (Kooperations-  
 veranstaltung mit plan 04)

Kölnischer Kunstverein  
 Die Brücke, Hahnenstr. 6, 50667 Köln  
 Tel: +49.221.8697 647  
 Öffnungszeiten  
 Dienstag bis Sonntag, 13 bis 19 Uhr  
[info@projektmigration.de](mailto:info@projektmigration.de)  
[www.koelnischerkunstverein.de](http://www.koelnischerkunstverein.de)

Conference on Contemporary European Migration History.

**Veranstalter:** Netzwerk Migration in Europa e.V., Deutsches Historisches Institut Paris, Génériques Paris, Centre Marc Bloch Berlin

**Datum:** 15./16. November 2004

**Ort:** Deutsches Historisches Institut, Paris

**Informationen:** E-Mail: [info@network-migration.org](mailto:info@network-migration.org); Internet: <http://www.network-migration.org>

#### Kongress

**Titel:** 2. Berliner Tag des Interkulturellen Dialogs

**Veranstalter:** Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin und Antirassistisch-Interkulturelles Informationszentrum Berlin e.V.

**Datum:** 19. Oktober 2004

**Ort:** Werkstatt der Kulturen, Wissmannstraße 32, 12049 Berlin

**Informationen:** AriC Berlin e.V., Tel.: 030/308 799 26, E-Mail: [aric@aric.de](mailto:aric@aric.de); Internet: <http://www.aric.de>; [http://www.bpb.de/veranstaltungen/EJ708K,0,0,Veranstaltung\\_Detailansicht.html?i\\_id=97](http://www.bpb.de/veranstaltungen/EJ708K,0,0,Veranstaltung_Detailansicht.html?i_id=97)

#### Tagung

**Titel:** European and National Management of Immigration Flows. Second EuroFor Conference.

**Veranstalter:** Berliner Institut für vergleichende Sozialforschung

**Datum:** 9.-12. Dezember 2004

**Ort:** Florenz

**Informationen:** Bastian Vollmer, Europäisches Migrationszentrum, Tel.: 030/44651065, Fax: 030/ 4441085; E-Mail: [bastian.vollmer@emz-berlin.de](mailto:bastian.vollmer@emz-berlin.de); Internet: <http://www.emz-berlin.de>

## Literatur

Philip L. Martin and Peter Duignan: **Making and Re-making America – Immigration into the United States.** Hoover Essays No. 25, 2003, ISBN 0-8179-4462-1. Internet: <http://www-hoover.stanford.edu/publications/he/25/25.pdf>

Wie verändert sich die Migrationspolitik der Vereinigten Staaten? Was sind deren Perspektiven für die Zukunft in Zeiten des weltweiten Terrorismus? Der vor kurzem erschienene Aufsatz von Philip Martin (UC Davis) und Peter Duignan (Hoover Institution) rekapituliert prägnant die Geschichte der US-amerikanischen Einwanderungspolitik seit der Unabhängigkeit und geht dabei auch auf die Aspekte Staatsbürgerschaft, Integration (vor allem Bildung und Sprache) und nationale Sicherheit – insbesondere nach dem 11. September 2001 – ein. Deutlich wird einerseits, dass Fragen der Immigration in den USA sehr kontrovers diskutiert und über Parteigrenzen hinweg ambivalent eingeschätzt werden. Zum anderen zeigen die Autoren, dass sich im Gefüge nationaler Sicherheitspolitik zwar einige institutionelle Rahmenbedingungen geändert haben (etwa die Auflösung des Immigration and Naturalization Service zu Gunsten eines allmächtigen Department of Homeland Security), die Einwanderungspolitik und die Kontingente für die verschiedenen Zuwanderergruppen aber keinen weiteren maßgeblichen Restriktionen unterworfen wurden. In der Bundesrepublik dagegen wurde der Einwanderungsdiskurs der

letzten drei Jahre wesentlich stärker von Sicherheitsaspekten beeinflusst. In ihrer Beurteilung der Einwanderungsprozesse und ihren Empfehlungen für zukünftige Immigrationspolitik gehen Martin und Duignan vom Paradigma nationalstaatlicher Zugangskontrolle unter stark wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten aus. Insbesondere kritisieren sie Amnestieprogramme für undokumentierte Immigranten und eine Nachzugspolitik, die auch Familienmitgliedern mit geringen Sprachkenntnissen und niedrigem Bildungsniveau die Einreise ermöglicht. Auf der anderen Seite kommen sie zu dem Schluss, dass aus den wissenschaftlichen Erkenntnissen über die durch Einwanderer hervorgerufenen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Effekte sich keine klaren Leitlinien für zukünftige Immigrationspolitik ableiten ließen. Als allgemeiner Überblick zur Geschichte und Gegenwart amerikanischer Migrationspolitik ist die Broschüre gut geeignet. *js (i.A. der bpb)*

#### **Doppelte Staatsbürgerschaft in einer sich globalisierenden Welt - Deutschland im internationalen Vergleich**

Multiple Staatsbürgerschaften werden heute weltweit in einem Ausmaß toleriert, wie das noch vor einigen Jahrzehnten unvorstellbar erschien. Ein Forschungsprojekt an der Hochschule Bremen untersucht die Ursachen dieser Entwicklung. Im deutschen Fall, wo doppelte Staatsbürgerschaft nur in Ausnahmefällen gewährt wird, analysierte das Projektteam die zentralen Debatten zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts aus den Jahren 1993 und 1999. Im Rahmen einer ausführlichen Argumentationsanalyse wurden die öffentlich geäußerten Argumente im Verhältnis zu den Ideologien, Strategien und Interessen der zentralen politischen Akteure im politischen System der Bundesrepublik erklärt. Außerdem beschäftigt sich das For-

schungsprojekt mit der Frage, inwieweit die vermehrte Toleranz gegenüber doppelten und mehrfachen Staatsbürgerschaften auch ein Zwischenschritt für die Ausbildung von über den Nationalstaat hinausgehende Identifikationen und Identitäten (z.B. in Richtung einer EU-Bürgerschaft) sein kann. Erste Ergebnisse des Forschungsprojekts finden sich in zwei Arbeitspapieren, die im Internet zur Verfügung stehen. *js (i.A. der bpb)*  
Thomas Faist, Jürgen Gerdes, Beate Rieple (2004): **Doppelte Staatsbürgerschaft: Determinanten der deutschen Politik des Staatsangehörigkeitsrechts.** Working Paper 06/2004, COMCAD – Center on Migration, Citizenship and Development. Bremen. Im Internet: [http://www.ispm-bremen.de/downloads/workingpaper\\_6.pdf](http://www.ispm-bremen.de/downloads/workingpaper_6.pdf)

Thomas Faist, Jürgen Gerdes, Beate Rieple (2004): **Dual Citizenship as a Path-Dependent Process.** Working Paper 7/2004, COMCAD – Center on Migration, Citizenship and Development. Bremen. Im Internet: [http://www.ispm-bremen.de/downloads/workingpaper\\_7.pdf](http://www.ispm-bremen.de/downloads/workingpaper_7.pdf)

Deutscher Caritasverband e. V. (Hrsg.): **Brücken bauen - Fäden spinnen. Interkulturelle Öffnung der Caritas und die Rolle des Migrationsdienstes.** Freiburg 2004.

Im Mai 2003 trafen sich Mitarbeiter(innen) des Deutschen Caritasverbandes aus den Praxisfeldern Gesundheitshilfe, Altenhilfe, Wohnungslosenhilfe, Kindertagesstätten, Suchthilfe und Schwangerschaftsberatung auf Einladung des Referates Migration und Integration im Rahmen einer Fachtagung mit den Mitarbeiter(innen) des Migrationsdienstes der Caritas. Ziel der Tagung war zum einen eine Analyse der aktuellen Diskussion zur interkulturellen Öffnung und deren Relevanz für die Dienste und Einrichtungen der Caritas vorzunehmen, zum anderen die gegenseitigen Erwartungen an eine Zusammenarbeit und Vernetzung auszuloten und nach Umsetzungsstrategien zu suchen. Vorträge über den aktuellen Diskussionsstand zur interkulturellen Öffnung und deren Umsetzung sowohl im gesellschaftlichen und politischen Kontext als auch innerhalb der Caritas leiteten die Tagung ein. In einem zweiten Teil wurden Vorträge zur konkreten Situation in den einzelnen Praxisfeldern gehalten. Dabei wurde insbesondere der Aspekt der Beratung, Versorgung und Betreuung von Migranten beleuchtet und der Frage nachgegangen, welche Strategien verfolgt werden bzw. welche Strukturen notwendig sind um eine bedarfsgerechte Versorgung und Beratung dieser Klientel zu gewährleisten. Die Dokumentation der Vorträge liegt nun in gedruckter Form vor und kann kostenlos bestellt werden (Bestellnummer 2090) bei: Deutscher Caritasverband, Vertrieb, Pf. 420, 79004 Freiburg (E-Mail: [vertrieb@caritas.de](mailto:vertrieb@caritas.de))

International Labour Organization: **ILO Migration Survey 2003: Country Summaries - CD-ROM.** 2004. ISBN 92-2-016042-0, Preis: 30 Euro, Online-Bestellung unter: <http://www.ilo.org/publns>

International Labour Organization: **Towards a Fair Deal Towards Migrant Workers in the Global Economy.** 2004. 210 Seiten, ISBN 92-2-113043-6, Preis: 13 Euro, Online-Bestellung unter: <http://www.ilo.org/publns>

### Impressum

**Herausgeber:** Netzwerk Migration in Europa e.V.  
**Kooperationspartner:** Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA)  
**Adresse:** Limonenstraße 24, 12203 Berlin  
Tel.: (030) 456 3173, Fax: (030) 92400 996,  
E-Mail: [MuB@network-migration.org](mailto:MuB@network-migration.org); [MuB@hwwa.de](mailto:MuB@hwwa.de)  
**Homepage:** [www.migration-info.de](http://www.migration-info.de)  
**ISSN:** 1435-7194  
**Redaktion:** Antje Scheidler (verantw.), Stefan Alscher, Marcus Engler, Gunnar Geyer (HWWA), Rainer Münz, Veyssel Özcan, Jan Schneider (i.A. der bpb), Christoph Wöhrle  
**Bestellung:** [www.migration-info.de/kontakt](http://www.migration-info.de/kontakt) oder [hwwa@hwwa.de](mailto:hwwa@hwwa.de)

Die Herausgabe des Newsletters „Migration und Bevölkerung“ wird von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und dem Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) gefördert. Die darin veröffentlichten Beiträge geben nicht unbedingt die Ansicht der bpb und des HWWA wieder. Der Abdruck von Artikeln, Grafiken und Auszügen ist bei Nennung der Quelle erlaubt. Um die Übersendung von Belegexemplaren wird gebeten.

Weitere Online-Ressourcen: [www.network-migration.org](http://www.network-migration.org), [www.bpb.de](http://www.bpb.de), [www.hwwa.de/migration/eng](http://www.hwwa.de/migration/eng), [www.demographie.de](http://www.demographie.de)

Dieser Newsletter und alle bisher erschienenen Artikel sind online verfügbar unter: [www.migration-info.de](http://www.migration-info.de)